

Er scheint einmal nicht, mit Witz, Gedankenspielen, Gelächel und Weisheit und der Anberdellage, für unter Neuen Leute, solche den Ketzern, Unterhaltung und Wissen, die praktische Gesundheit, das gute Buch, Monatlicher Bezugspreis Ausgabe A mit St. Berno-Blatt 4 5/70 Ausgabe B ohne St. Berno-Blatt 4 2/30 Einzelnummer 10 J. Comanden u. Comlagnummer 20 J. Hauptverleger: Dr. W. Redegyl, Dresden.

Donnerstag, den 9. Juni 1932

Verlagort: Dresden

Anzeigenpreise: Die gedruckte Zeile 20 J. Familienanzeigen u. Stellenangebote 20 J. Die Druckzeile 20 mm. Breit. 1 M. Für Anzeigen außerhalb des Verbreitungsgebietes 40 J. die Druckzeile 1.00 M. Briefgeb. 30 J. Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigen u. Briefen u. Leistung v. Sendungen. Verantwortl. Red.: W. Winkel, Dresden.

Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania, Buchdruckerei und Verlag Dresden-K. 1, Polsterstr. 17, (Central 21012, Postfachkonto Dresden 1028, Bankkonto Stadtbau Dresden Nr. 94707.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Killischl. 1. Polsterstr. 17. Fernruf 20711 und 21012.

Neurath bei Macdonald

Ueberreichung einer deutschen Denkschrift zur Reparationsfrage

Vor der Reise nach Lausanne

London, 8. Juni.

Der deutsche Außenminister v. Neurath wird heute durch den Ministerpräsidenten Macdonald empfangen. „Times“ meldet, Herr v. Neurath habe gestern im Foreign Office eine Denkschrift über die kommende Lausanner Konferenz übergeben. Es verleiht, daß die Denkschrift die Gründe enthalte, warum Deutschland anherstehen sei, die Reparationszahlungen fortzusetzen. Macdonald beabsichtigt am Sonnabend nach Paris zu reisen, wo er am Sonntag mit Herriot zusammenzutreffen hofft. Am Montag oder Dienstag werde er nach Lausanne weiterreisen. Verschiedene Blätter weisen auf die Wichtigkeit der heutigen Unterredung des Premierministers mit dem neuen deutschen Außenminister hin, und heben hervor, daß Herr v. Neurath das Deutsche Reich in Lausanne vertreten werde.

Englisches Echo

Für Herriots Regierungserklärung.

10. London, 8. Juni.

Das gestern von Ministerpräsident Herriot behandelte Programm der französischen Regierung (Wortlaut siehe nächste Seite) findet in der Londoner Presse eine günstige Aufnahme. — News Chronicle sagt, die Erklärung sei voll guten Willens. Das Hervorheben des französischen Rechts auf Reparationen brauche nicht zu beunruhigen; denn es werde von niemandem bestritten. Die Hauptsache sei, daß die Erklärung alle Türen offen lasse.

Morning Post empfindet als konservatives Blatt eine natürliche Abneigung gegen ein radikales Kabinett und meint, das Programm Herriots sei darauf berechnet, allen Parteien zu gefallen.

In seiner Außenpolitik zeige Herriot sich als guter Franzose.

da er auf der Sicherheit Frankreichs bestehe; auch beharre er auf den Vertragsrechten, obwohl er bereit sei, Pläne zu einer wirklich friedfertigen Versöhnung zu erörtern.

Daily Telegraph meint, Herriots Bemerkungen über Reparationen entsprächen dem Geist des Zugeständnisses, den neulich Painlevés großzügige Äußerungen zeigten; Äußerungen, die vor gar nicht langer Zeit unmöglich gewesen wären.

Times schreibt, die Tatsache, daß Herriot in seiner Erklärung die Abstraktion nicht von der Annahme eines bestimmten Planes abhängig gemacht habe, bedeute ein beträchtliches und willkommenes Abweichen von der Haltung seines Vorgängers. Es sei klar, daß die neue französische Regierung dringend eine Verminderung der militärischen Ausgaben wünsche. Ein Schritt Frankreichs in dieser Richtung würde wahrscheinlich weitreichende Folgen haben als das Beispiel irgend eines anderen Staates. Selbst eine Teilnahme würde gegenwärtig viel bedeuten. In der Reparationsfrage sei die ministerielle Erklärung fest. Aber niemand würde diese verständnisvoll zugestiegene Festigkeit bestritten. Es sei unbedingt notwendig, daß Schulden anerkannt würden, selbst wenn sie nicht bezahlt werden könnten (?). Wenn man die Rede Herriots zusammen mit der Erklärung lese, die der neue deutsche Außenminister am Montag abgegeben hat, dann bestehe die Aussicht, daß in Lausanne ein Einvernehmen erreicht werde.

Auch Herriot reist nach Genf

Paris, 8. Juni.

Ministerpräsident Herriot wird am Montagvormittag in Genf erwartet, wo er hauptsächlich mit den Finanzfachverständigen und Außenministern, die in Genf anwesend sein werden, Verhandlungen aufzunehmen gedenkt, die sich auf das Programm der Lausanner Konferenz wie auf die Abrüstungskonferenz beziehen sollen.

Konferenzen als System

(Von unserem Vertreter.)

H. Genf, Anfang Juni

Es war einmal eine Zeit, da gab es keine oder nur sehr wenige Konferenzen. Vor dem letzten Kriege kamen wohl auch die Staatsmänner gelegentlich auf internationalen Konferenzen zusammen, und da wir hier der Weltabrüstungskonferenz beiwohnen, denken wir natürlich zunächst an die beiden Haager „Friedenskonferenzen“, dann etwa an die Konferenz von Algieras oder an den Berliner Kongress. Aber die Konferenzen der Vorkriegszeit waren nicht die Regel, sondern Ausnahmen unter den Formen zwischenstaatlichen Verkehrs, und in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle gingen die Verhandlungen zwischen den Mächten den unpersönlicheren Weg des Notenwechsels, der Auseinandersetzung von Kabinett zu Kabinett.

Nach dem Krieg ist ganz plötzlich eine Welle von Konferenzen über die Welt hereingebrochen. Sie begann mit der Pariser „Friedenskonferenz“, — aber bald erwies es sich, daß die „Ordnung“, welche die Vorortverträge im Nachkriegseuropa geschaffen hatten, keine Ordnung war, weil sie nicht den natürlichen Tatsachen und Notwendigkeiten der politischen, völkischen und wirtschaftlichen Entwicklung entsprach. In Paris war vieles „ge-regelt“ worden, aber diese „Regelungen“ erwiesen sich nur zu bald als Stückwerk, und zwar zunächst von der empfindlichsten Seite, nämlich von der Reparationsfrage her. Es folgten die Konferenzen von Spa, von Genoa, von London, vom Haag, und zwischen den großen Reparationskonferenzen stehen zahlreiche Sachverständigen-Tagungen in London, Paris, Basel und anderswo. Und in wenigen Wochen wird die Lausanner Konferenz zusammenzutreten, um — hoffentlich — wenigstens unter dieses verhängnisvolle Nachkriegsproblem den Schlüssel zu legen und, wie der amerikanische Reparationsfachverständige Montagu Norman sich einmal drastisch ausdrückte, „den unangenehm riechenden Kadaver aus der Welt zu schaffen“. — Aber seit 1919 hat es nicht nur zahlreiche Reparationskonferenzen gegeben, sondern es gab Konferenzen über Wirtschaftfragen, Getreidekonferenzen, Verkehrskonferenzen, eine Weltwirtschaftskonferenz, Zoll-friedenskonferenzen, — kurzum, es gab den Völkerbund und die Internationale Arbeitsorganisation als die beiden ständigen „Apparate“, die zu dem ausgesprochenen Zweck geschaffen wurden, immer neue Konferenzen zu veranstalten. Es gab zwölf ordentliche und zwei außerordentliche Völkerbundversammlungen, es gab insgesamt an die siebenzig Ratstagungen und sechzehn internationale Arbeitskonferenzen.

Was ist auf diesen Konferenzen erreicht worden? Diese Frage läßt sich natürlich nicht mit einem Satz beantworten, und es soll hier keinesfalls bestritten werden, daß viele dieser großen Genfer Konferenzen wenigstens kleine Ergebnisse gezeitigt haben. Ebenso wenig soll geleugnet werden, daß das persönliche Bei- und Nebeneinander der Staatsmänner, das bei diesen Zusammenkünften, namentlich bei den regelmäßigen Konferenzen in Genf, gegeben ist, unbedingt ein positives Element bedeutet. Die Frage aber, die sich in diesem Augenblick, nach vier Monaten Abrüstungsberatungen in Genf, aufdrängt, heißt: Haben die zahlreichen internationalen Konferenzen der letzten Jahre wirklich zur Entspannung der Geister, zur Beseitigung der bestehenden politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten, zur Wiedergutmachung des — von der Mehrheit der Völker inzwischen unbestreitbar erkannten — Unrechts von 1919 beigetragen? Der gegenwärtige Zustand der Welt ist, so scheint uns, schon eine Antwort auf diese Frage, er müßte jedenfalls auch den geborenen Optimisten ruhig machen. Es ist feststehend, festzustellen, wie oft man gerade hier, in Genf, in diesen Tagen ähnlichen Fragen begegnet, und als Antwort — ein Achselzucken findet. Ja, man fragt sich allen Ernstes, ob das System der Konferenzen uns wirklich weiterbringen kann, nachdem so viele Konferenzen gescheitert sind, nachdem nach einer Fremdenrechtskonferenz die Einwanderungsperrnen erst recht verschärft wurden, nach drei Zollkonferenzen die Handelschwierigkeiten erst ihren Höhepunkt erreichten und die Abrüstungskonferenz nach viermonatigen Verhandlungen in uferlosen „technischen Debatten“ zu versinken droht.

In der Tat hat das System der Konferenzen, neben dem unfehlbaren Vorteil, die Verantwortlichen einander persönlich näherzubringen, auch manche unverkennbaren Nachteile. Man hat viel über das Prinzip der „Öffentlichkeit“ geschrieben, dessen Verwirklichung gewiß ein Fortschritt gegenüber den Auswüchsen der Kabinettpolitik ist, sich aber bei der Veranstaltung öffentlicher Konferenzen auch wieder nachteilig bemerkbar machen kann. Die Gefahr, daß bei internationalen Konferenzen viele Reden mit der Absicht, „nach innen“ zu wirken, gehalten werden, ist

Das Ringen um Preußen

Geringe Aussicht auf Wahl eines Ministerpräsidenten im Landtag

100 Millionen fehlen

Berlin, 8. Juni.

Der Präsident des Preussischen Landtages hat auf die Anregung des Reichskanzlers hin den Vorkonferenzrat des Landtags für Freitag, 10. Juni, 17 Uhr einberufen. In dieser Sitzung soll die Entscheidung darüber getroffen werden, an welchem Tage der Preussische Landtag zusammenzutreten soll.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung

in Preußen, die der Reichskanzler am Montag mit dem Fraktionsführer der Deutschnationalen begonnen hatte, sind am Dienstag mit einem Beauftragten der NSDAP, fortgesetzt worden. Im Laufe des heutigen Tages wird der Kanzler noch eine Aussprache mit dem Führer der preussischen Landtagsfraktion des Zentrums, dem Abgeordneten Steger, haben, der Dienstagabend wieder in Berlin eingetroffen ist. Es handelt sich dabei aber wohl nur noch um eine Formfrage, da sich schon jetzt starke

Gegensätze zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten

in dieser Frage gezeigt haben. Auf das Gerücht hin, der deutschnationale Abgeordnete v. Winterfeldt sei als preussischer Ministerpräsident in Aussicht genommen, haben die Nationalsozialisten folgende Erklärung veröffentlicht: „Ohne zu der Person des Herrn von Winterfeldt Stellung zu nehmen, erklären wir Nationalsozialisten, daß wir für keinen deutschnationalen Ministerpräsidenten stimmen würden. Abg. Rube hat den Preussischen Pressedienst der NSDAP, ermächtigt zu erklären, daß für die Nationalsozialisten nur die Kandidatur eines Nationalsozialisten zum Ministerpräsidenten in Frage kommt.“ — Die Deutschnationalen haben in einer ziemlich gereizten Erklärung erwidert, in der es heißt: „Seitens der NSDAP ist ein Anspruch auf das Amt des preussischen Ministerpräsidenten nicht erhoben worden. Wenn, wie es den Anschein hat, die NSDAP, eine Wenderung der Verhältnisse in Preußen mit Hilfe des Zentrums erreichen will, so sieht die NSDAP, keine Veranlassung, dem Ergebnis dieser Bestrebungen vorzugreifen.“

Von Seiten des Zentrums wird darauf hingewiesen, daß die bisher geplante Verschiebung der Wahl des preussischen Ministerpräsidenten in erster Linie dem Wunsch der Nationalsozialisten entspreche, die erst das Ergebnis der heftigen Landtagswahlen vom 19. Juni abwarten wollen.

Entscheidende Finanzverhandlungen

zwischen Reich und Preußen haben parallel mit diesen Verhandlungen über die Regierungsbildung stattgefunden. Diese Verhandlungen sind bisher negativ verlaufen insofern, als das Reich erklärt habe, im Augenblick nicht imstande zu sein, die von dem früheren Reichsfinanzminister Dietrich für die preussischen Siedlungsanteile zugesagten 100 Millionen Reichsmark zu überweisen. Vom Reich wird dabei betont, daß eine bindende Zusage dieser Art von der früheren Reichsregierung nicht gegeben worden sei.

Das geschäftsführende preussische Staatsministerium ist darauf noch am Dienstagabend zusammengetreten, um Beschluß darüber zu fassen, in welcher Weise die in Folge der Stellungnahme des Reiches fehlenden, für den Ausgleich des preussischen Staatshaushalts aber notwendigen 100 Millionen beschafft werden sollen. Die Beratungen darüber hat das Staatsministerium am Dienstag noch nicht zu Ende geführt. Am Mittwochvormittag ist das preussische Staatsministerium erneut zu einer Beratung über diese Frage zusammengetreten.

Mittwochabend dürfte eine preussische Notverordnung erscheinen, die die durch Ausfall der 100 Millionen notwendig gewordenen Maßnahmen trifft. — Nach Abschluß der heutigen Reichsparteivorstandssitzung des Zentrums rechnen man mit einer Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Reichs- und Preussenregierung. Dabei dürfte es sich aber nicht mehr um die finanziellen Fragen handeln, die durch die gestrige Besprechung in der Reichskanzlei in dem Sinne geklärt sind, daß Preußen sich zunächst selbst helfen muß, sondern um die hochpolitischen Fragen der Regierungsbildung in Preußen und die damit zusammenhängenden Probleme.

Erzbischof Gröber in Freiburg

10. Freiburg i. Br., 8. Juni.

Erzbischof Dr. Conrad Gröber ist gestern Abend hier eingetroffen. Die feierliche Inthronisation des neuen Erzbischofs findet am 20. Juni in der Freiburger Metropolitan-Kirche statt.

